



im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises

## Mitteilungen 17/2013

20. April 2013



CDU Kreistags-  
fraktion Rhein-Neckar

**69181 Leimen**  
Grauenbrunnenweg 15

Telefon (06224) 73243  
FAX (06224) 921639  
E-Mail: B.Sauerzapf@t-  
online.de  
Internet: CDU-RNK.de

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*in der heutigen Ausgabe unserer Mitteilungen veröffentlichen wir folgende Informationen*

- ***Das Heidelberger Gesundheitsamt***
- ***Bildnachlese zum Besuch des Landtagspräsidenten Guido Wolf***
- ***Spatenstich an der GRN-Klinik Sinsheim***
- ***Kommunale Gesundheitskonferenz Rhein-Neckar-Kreis & Heidelberg***
- ***Presseberichte über die Kreistagssitzung am 30.4.2013***

*Mit den besten Grüßen*

*Bruno Sauerzapf, Fraktionsvorsitzender*

## Das Heidelberger Gesundheitsamt

besteht schon seit über 75 Jahren und hat eine wechselvolle Geschichte. Bevor das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens 1934 in Kraft trat, oblag die öffentliche Gesundheitsaufsicht in Baden den Großherzoglich-Badischen Bezirksärzten. Bis zur Kreisreform lag die Zuständigkeit beim Land. Durch das Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz wurden 1995 die Gesundheitsämter in die Landkreise eingegliedert und das Staatliche Gesundheitsamt kam zum Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises. Die Gesundheitsämter fördern und schützen die Gesundheit und bewerten die gesundheitlichen Verhältnisse der Bevölkerung. Sie informieren und beraten die Bevölkerung, Verwaltung und Politik, nehmen ihre Aufgaben auch in Kooperation mit Institutionen, Verbänden und Personen wahr und arbeiten interdisziplinär, interessenunabhängig und bedarfsorientiert. Sie koordinieren die örtliche Vernetzung zur besseren Kommunikation und Kooperation der verschiedenen Anbieter gesundheitsbezogener Dienstleistungen. Die Gesundheitsämter tragen mit eigenen Initiativen und Maßnahmen zur breiten Förderung der Gesundheit bei. Neueste Initiative des Heidelberger Gesundheitsamtes ist die Kommunale Gesundheits-

konferenz, die insbesondere das Bewusstsein der Bevölkerung für präventive Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserungen der Gesundheit stärken soll. Über diese Gesundheitskonferenz werden wir noch berichten.

Im Gesundheitsamt arbeiten zahlreiche kompetente Mitarbeiter und Ärzte, die insbesondere folgendes Aufgabenspektrum wahrnehmen:

- Gesundheitsschutz mit den Teilbereichen Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz
- Gesundheitsförderung und Prävention
- Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie
- Kinder- und Jugendgesundheitsdienst
- sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen
- amtsärztliche Dienst sowie gutachterliche Tätigkeiten
- zahnärztlicher Dienst

## Bildnachlese zum Besuch des Landtagspräsidenten Guido Wolf



v.l.n.r. Bruno Sauerzapf, CDU, Claudia Felden, FDP, Hans Zellner, Freie Wähler, Dr. Ralf Göck, SPD, Dr. Edgar Wunder, Die Linke

*Pressebericht von Stefanie Müller GRN-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

## **Spatenstich an der GRN-Klinik Sinsheim**

### **Bauarbeiten zum neuen Bettenhaus haben begonnen – bis Ende 2015 entstehen 96 komfortable Zwei-Bett-Zimmer für stationäre Patienten**

Mit einem symbolischen Spatenstich leiteten Stefan Dallinger, Landrat des Rhein-Neckar-Kreises und Aufsichtsratsvorsitzender der GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH, Martin Hildenbrand, Betriebsleiter der GRN-Klinik Sinsheim, Götz Biller vom Karlsruher Architektenbüro Rossmann und Partner sowie der Sinsheimer Oberbürgermeister Jörg Albrecht am heutigen Montag, 6. Mai 2013, die Rohbauarbeiten zum neuen Bettenhaus der GRN-Klinik ein. Bis Ende 2015 wird das bisherige Bettenhaus C saniert und nach Süden hin in Richtung Hauptstraße um einen rund 6.000 Quadratmeter Nutzfläche umfassenden Anbau erweitert.

In Zukunft werden dadurch stationären Patienten der Klinik auf der östlichen Seite der Alten Waibstadter Straße 96 Zwei-Bett-Zimmer mit je einer rollstuhlgerechten Nasszelle zur Verfügung stehen. Mit Ausnahme der erst kürzlich eröffneten, autark arbeitenden neurologischen Abteilung sowie der Intensivstation befinden sich dann die Stationen aller medizinischen Fachabteilungen in den südlichen Gebäudeteilen, was erhebliche organisatorische Vorteile mit sich bringt und allen Beteiligten lange, beschwerliche Wege weitgehend ersparen wird. Derzeit sind stationär aufgenommene Patienten noch über verschiedene Häuser der Klinik verteilt, zum Teil sogar auf Stationen in den westlich der Alten Waibstadter Straße gelegenen Räumlichkeiten des GRN-Betreuungszentrums – und dies überwiegend in Drei-Bett-Zimmern mit Nasszellen, die den gestiegenen Ansprüchen an Barrierefreiheit und Hygiene nicht mehr in vollem Umfang gerecht werden. Die Gesamtzahl der Patientenbetten bleibt nach der baulichen Erweiterung mit 225 unverändert – das bedeutet: Zukünftig wird für die gleiche Anzahl von Patienten deutlich mehr Platz zur Verfügung stehen.

„In den letzten 15 Jahren hat sich am GRN Gesundheitszentrum Sinsheim viel getan“, erläuterte Stefan Dallinger in seiner Rede anlässlich des Baubeginns. „Die Operationssäle wurden saniert, die Intensivstation neu errichtet, eine zentrale Patientenaufnahme und das Internistische Zentrum eingeweiht“, zählte der Landrat auf. Er wies darüber hinaus auf die Zertifizierung der Geburtshilfe-Abteilung zur Babyfreundlichen Geburtsklinik sowie auf die erfolgreichen Kooperationen mit dem Universitätsklinikum Heidelberg, insbesondere auf den Fachgebieten Chirurgie und Neurologie, hin. Bei all diesen Aktivitäten sei es nachvollziehbar, so

Dallinger, „dass immer wieder auch auf die räumliche Situation geschaut wurde und werden muss“.

Der durch zusätzliche Funktions- und Behandlungsräume gestiegene Platzbedarf sowie die Sanierungsbedürftigkeit des 1974 erbauten Bettenhauses C hatten den GRN-Aufsichtsrat bereits im Jahr 2010 davon überzeugt, dass eine Sanierung des vorhandenen Gebäudes in Kombination mit einem Anbau die günstigste Lösung ist. Ein kompletter Neubau – verbunden mit einem Abriss des Bettenhauses C – wäre aufgrund der topographischen Gegebenheiten des am Hang gelegenen Geländes komplizierter und teurer geworden als die nun gefundene Lösung, für die insgesamt eine Investitionssumme von 28,5 Millionen Euro veranschlagt ist. Je 12,5 Millionen Euro werden vom Land Baden-Württemberg und vom Rhein-Neckar-Kreis zur Verfügung gestellt, für die verbleibenden 3,5 Millionen nimmt der GRN-Verbund einen Kredit auf.

Der erste Bauabschnitt – die Errichtung des Anbaus – soll bis Ende 2014 beendet sein, und ein Teil der Stationen aus dem Bettenhaus C wird dann bereits umziehen können. Gleichzeitig wird dort ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) für Nieren- und Hochdruckkrankheiten (Dialysezentrum) untergebracht, so dass dialysepflichtige Patienten der GRN-Klinik Sinsheim ab Anfang 2015 vor Ort voll versorgt werden können. Im zweiten und dritten Bauabschnitt schließt sich die Sanierung des Bettenhauses C an, die voraussichtlich bis Ende 2015 abgeschlossen sein wird. Der Klinikbetrieb läuft während der gesamten Bauzeit in normalem Umfang weiter; für gelegentliche Lärmbelästigungen bat Landrat Dallinger betroffene Patienten bereits jetzt um Verständnis. Nach Abschluss der Bauarbeiten werden die beiden derzeit ins Betreuungszentrum ausgelagerten Stationen der Inneren Medizin in das frisch sanierte Gebäude auf der anderen Straßenseite umziehen. In den frei werdenden Räumlichkeiten westlich der Alten Waibstadter Straße wird nach 2015 eine Wohngruppe des GRN-Betreuungszentrums untergebracht. Darüber hinaus soll im gleichen Haus gemeinsam mit dem Psychiatrischen Zentrum Nordbaden ein Altersmedizinisches Zentrum geschaffen werden.

Die GRN-Klinik Sinsheim ist ein Haus der Grund- und Regelversorgung mit insgesamt 225 Planbetten und verfügt über die Fachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Neurologie, Gynäkologie und Geburtshilfe, Anästhesie und Intensivmedizin so-



wie eine HNO-Belegabteilung. Rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versorgen hier jährlich etwa 10.000 stationäre Patienten und ebenso viele ambulante Notfälle. Hinzu kommen knapp 1.500 ambulante Operationen. Jedes Jahr erblicken in der Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe etwa 800 Babys das Licht der Welt. Die Klinik ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Heidelberg.

Die GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH besteht aus vier Kliniken mit angeschlossener Apotheke, drei geriatrischen Rehabilitationskliniken sowie je zwei Betreuungs- und Seniorenzentren. Insgesamt verfügen die GRN über rund 1.800 Betten beziehungsweise Plätze und beschäftigen knapp 3.000 Mitarbeiter in der Metropolregion Rhein-Neckar. Alleiniger Träger ist der Rhein-Neckar-Kreis, jedoch wirtschaften die GRN als gemeinnützige GmbH selbstständig und eigenverantwortlich.

### Zahlen – Daten – Fakten zu den Baumaßnahmen auf einen Blick:

- *Baubeginn:* Mai 2013
- *voraussichtliches Ende der Bauarbeiten:* Ende 2015
- *zusätzlich gewonnene Fläche:* rund 6.000 m<sup>2</sup>
- *Anzahl der Patientenzimmer im Bettenhaus C heute:* 48 Drei-Bett-Zimmer und zwei Monitorüberwachte Zwei-Bett-Zimmer
- *Anzahl der Patientenzimmer im sanierten Bettenhaus C plus Anbau nach Ende der Baumaßnahmen:* 96 Zwei-Bett-Zimmer (zuzügl. sechs Notbetten)
- *Gesamt-Planbettenzahl der GRN-Klinik Sinsheim, inklusive Neurologische Station und Intensivstation, jetzt und nach Ende der Baumaßnahmen:* 225
- *Kosten:* 28,5 Millionen Euro, davon 12,5 Millionen finanziert durch das Land Baden-Württemberg; 12,5 Millionen Euro durch den Rhein-Neckar-Kreis; 3,5 Millionen Euro über Kreditaufnahme der GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH



*Bildunterschrift: Leiteten die Bauarbeiten mit einem dynamischen Spatenstich ein (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Jörg Albrecht, Ärztlicher Direktor Dr. Thomas Schumacher (GRN-Klinik Sinsheim), Landrat Stefan Dallinger, Pflegedienstleiterin Claire Manuela Baer (GRN-Klinik), Betriebsleiter Martin Hildenbrand und Architekt Götz Biller.*

## Kommunale Gesundheitskonferenz Rhein-Neckar-Kreis & Heidelberg

### Warum kommunale Gesundheitskonferenz???

„Gesundheit wird von den Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt“ („Ottawa-Charta“ der Weltgesundheitsorganisation, 1986)

Gesundheitsförderung geht davon aus, dass sich die Gesundheit der Menschen in den Lebenswelten vor Ort entwickelt. Kommunale Gesundheitskonferenzen, die in Landkreisen, Städten und Gemeinden eingerichtet werden, nutzen als Instrument, gesundheitsförderliche Prozesse anzustoßen und zu unterstützen. Sie werden als Kommunikationsplattform verstanden, in denen Institutionen und Gruppierungen des regionalen Gesundheitswesens austauschen.

Ziel der Konferenzen ist eine Bündelung und Vernetzung vorhandener Angebote und Initiativen sowie die Entstehung neuer Netzwerke und Arbeitsgruppen. Letztere sollen unter Einbeziehung der Zielgruppe zu festgelegten Themen entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeiten und verabschieden. Hierbei soll sich der Fokus einerseits auf die Erhaltung, Verbesserung und Förderung der Gesundheit in der Bevölkerung richten und andererseits auf die Entwicklung und Schaffung von Strukturen und Voraussetzungen, die den Menschen Zugang zu einem gesundheitsförderlichen Leben ermöglichen- mit der Absicht, ein größtmögliches Maß an sozialer Chancengleichheit für alle zu erreichen.

Zu den Akteuren der Gesundheitskonferenzen zäh-

len Vertreter der Ärzte, Zahnärzte und Apotheker, freie Wohlfahrtsverbände, Beauftragte der Kranken-, Renten- und Unfallversicherungen, Selbsthilfegruppen, Vereine, Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des Patientenschutzes, Vertreter der Krankenhäuser, Pflegeheime und ambulanten Versorgungseinrichtungen, politische Vertreter sowie Repräsentanten des für Gesundheit zuständigen Sozial- und Gesundheitsausschusses.

### Kommunale Gesundheitskonferenz Rhein-Neckar-Kreis Heidelberg

Ende 2011 haben sich der Rhein-Neckar-Kreis und die Stadt Heidelberg darauf verständigt, im Rahmen der „Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg“ eine gemeinsame „Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK)“ einzurichten. Die vielfältigen in der Region bestehenden, professionellen wie bürgerschaftlichen Kompetenzen und Initiativen sollen so für rund 675.000 Menschen im Sinne der Gesundheitsförderung wirkungsvoll eingesetzt werden.

Zu den Vereinbarungen gehört, dass künftig jährlich Gesundheitskonferenzen durchgeführt werden. Die **erste KGK** fand am 23. Oktober 2012 statt, die **zweite Konferenz** ist für den 24. Oktober 2013 geplant.

Die Beteiligten haben sich in einer breit besetzten Lenkungsgruppe auf eine **Organisationsform** verständigt, die auf Transparenz und Beteiligung bei der Erstellung und Umsetzung von Empfehlungen setzt.

*Text wurde von dem Internetauftritt KGK entnommen. Nähere Einzelheiten können der Homepage der Gesundheitskonferenz [www.gesundheitskonferenz-rnk-hd.de](http://www.gesundheitskonferenz-rnk-hd.de) entnommen werden.*



# Ein Wohnmobil als „Dienstwagen“?

## Die Gemeindeprüfungsanstalt hat die Kreis-Finanzien unter die Lupe genommen – Grüne sprechen von „Beamtenprosa“

Von Stefan Hagen

**Rhein-Neckar.** Der Landrat ist ein vielbeschäftigter Mann. Ein Termin jagt den nächsten, da kann es schon mal später werden. Und da Jürgen Schütz in seiner Amtszeit bis 2010 höchst selten persö-

lich hinterm Steuer des Dienstfahrzeugs saß, bekam auch der Fahrer den geballten Stress seines Chefs zu spüren. Lange Arbeitstage waren für den guten Mann eher die Regel als die Ausnahme.

Dafür gab es jetzt eine „Rüge“ der Gemeindeprüfungsanstalt. Baden-Württemberg (GPA). Tägliche Arbeitszeiten von bis zu 19,5 Stunden wurden moniert, die Prüfer pöchten auf die Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen. Diese Steilvorlage nahm Ralf Frühwirt in der jüngsten Kreistagsitzung in Hockenheim dankbar auf. Wenn die Arbeitsbelastung des Fahrers unter Landrat Stefan Dallinger immer noch so hoch sei, höhe der Fraktionschef der Grünen, „schlage ich als neues Dienstfahrzeug ein Wohnmobil vor“. Dann könne sich der Fahrer zwischendrin auch mal hinlegen ...

Freilich war die „Fahrer-Ältere“ nur eine Randnotiz im Prüferbericht. Die GPA hatte sich vielmehr die Finanzen des Rhein-Neckar-Kreises vorgenommen und die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 genau unter die Lupe genommen. Und um es gleich vorwegzunehmen: Die Prüfer haben dem Kreis eine solide und ordnungsgemäße Haushaltspolitik bescheinigt.

Allerdings wurde – siehe „Fahrer-Ältere“ – mit „Prüfungsbemerkungen“ dafür gesorgt, dass sich die Kreisverwaltung nicht allzu bequem zurücklehnt. Be-



Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Bericht unter anderem die hohe Arbeitsbelastung des Fahrers des Landrates gerügt. Die Grünen haben nun mit einem Augenzwinkern vorgeschlagen, ein Wohnmobil als Dienstfahrzeug für Stefan Dallinger anzuschaffen, damit der Fahrer sich zwischendrin auch mal „hinlegen“ könne. Fotomontage: Kreuzer

Landratsamt inzwischen Stellung bezogen. Teilweise seien die Prüfungsbemerkungen der GPA doch sehr kleinlich gewesen, merkte Heinz Bahnmüller (FDP) an. „Schönste Beamtenprosa“, schieß Grünen-Fraktionschef Ralf Frühwirt ins gleiche Horn.

Eine Neubewertung der Kreisstraßen lehnte Horst Althoff im Namen der CDU-Fraktion ab. Sie seien bereits mit Hilfe eines Wirtschaftsprüfers sorgfältig be-

wertet worden. Eine Neubewertung würde zudem Kosten in hoher fünfstelliger Größenordnung verursachen. Dafür muss der Kreis – auch das hatten die GPA-Prüfer gefordert – jetzt sieben Grafik-Bilder in die Bilanzen aufnehmen, die man nach einem Wettbewerb geschenkt bekommen habe. „Das ist natürlich wichtig“, lächelt Frühwirt süffisant. Die Werke seien ja auch jeweils rund 500 Euro wert ...

### HINTERGRUND

**> Die Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg (GPA)** nimmt als überörtliche Behörde die Finanzen der Kommunen und Landkreise unter die Lupe. Untersucht werden unter anderem die Haushalts- und die Wirtschaftsführung der Städte und Gemeinden sowie deren Unternehmen. Die GPA kann Mängel nur feststellen und nicht – wie etwa das Regierungspräsidium – beanstanden und abhaken. **> Außerdem gibt die Behörde Tipps,** wie die Gemeinden besser wirtschaften und welche Fehler sie bei ihrer Haushaltsführung vermeiden können. Von den rund 130 Mitarbeitern sind fast zwei Drittel im Aufendienst als Prüfer unterwegs. Damit kommt jede Gemeinde im Land alle vier bis fünf Jahre einmal „dran“. Die Anstalt finanziert sich zu 60 Prozent aus Gebühren für ihre Leistungen. Die restlichen 40 Prozent kommen aus einer Umlage von den Gemeinden, Städten und Landkreisen. lsw

## „Und was ist mit der Windenergie?“

*Der Rhein-Neckar-Kreis hat jetzt ein Klimaschutzkonzept – Landrat Dallinger: „Die Ziele sind ambitioniert, aber erreichbar“*

**Rhein-Neckar.** (ze) Seit dieser Woche hat der Rhein-Neckar-Kreis ein Klimaschutzkonzept. Nachdem der Kreistag bereits vor gut einem Jahr die Leitlinien dazu beschlossen hatte, stimmte das Gremium bei der jüngsten Kreistagsitzung in Hockenheim dem daraus ausgearbeiteten Konzept zu. Dieses beruht auf drei Säulen – eine davon, die Beratung für Kommunen, Bürger und Betriebe, wurde bereits im vergangenen Jahr durch den Beitritt des Kreises zur Klimaschutz- und Energieberatungsgesellschaft Heidelberg (KliBA) installiert.

Bei den beiden anderen Säulen, der Kooperation mit den Kommunen und der Energieeinsparung in den kreisangehörigen Gebäuden und Gesellschaften gibt es jedoch noch einiges zu tun. „Die Ziele sind ambitioniert, aber erreichbar“, stellte Landrat Stefan Dallinger einige wichtige Details aus dem rund 40 Seiten umfassenden Konzept vor. Dazu gehört beispielsweise die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-

Emissionen bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent. Damit blieben von den im Jahr 2010 vom Rhein-Neckar-Kreis und seinen Mitgliedsgesellschaften produzierten 22 000 Tonnen CO<sub>2</sub> noch 15 500 Tonnen übrig.

„Die größte Möglichkeit Energie und damit CO<sub>2</sub> einzusparen, liegt bei der Heizung“, hatte Volker Pauli (CDU) erkannt. Deshalb sei es notwendig, die Gebäude und Heizungsanlagen zu sanieren und das Nutzerverhalten umzustellen. Beim Ersatz der fossilen Energieträger wie Kohle oder

Erdöl habe der Kreis zudem bereits einiges getan, etwa bei der Errichtung von Fotovoltaikanlagen oder des Biomassekraftwerks in Sinshelm. Allerdings müsse noch weiter investiert werden, da die Einsparung einer Tonne CO<sub>2</sub> durchschnittlich 4000 Euro koste.

Besonders auf die Rolle der Kommunen beim Klimaschutz im Kreis ging

Manfred Zuber (SPD) ein. Da einige Kommunen bereits Vorarbeiten in puncto Klimaschutzkonzept geleistet hätten, sollte es für diese Kommunen die Möglichkeit des Quereintritts, mit einer deutlich reduzierten finanziellen Beteiligung geben. So sieht ein Entwurf zu einer Vereinbarung zwischen

### *Geld soll in der Region bleiben*

den Kreis und den Kommunen beispielsweise vor, dass der Kreis für die Kommunen eine CO<sub>2</sub>-Bilanz erstellt sowie einen Energie- und Wärmeatlas. Im Gegenzug verpflichten sich die Kommunen, ihr eigenes Klimaschutzkonzept zu erarbeiten und die Daten zur Fortschreibung des Energie- und Wärmeatlases bereitzustellen.

„Dadurch wird es den Kommunen möglich, ihre Erfolge zu bemessen“, betont Jürgen Schmitt (Freie Wähler). Gleichzeitig sah er in der CO<sub>2</sub>-Reduzierung ein Wirtschaftsprogramm, bei dem

das „Geld in der Region bleibt“, wenn etwa Fachbetriebe aus der Region die notwendigen Sanierungsarbeiten an den Gebäuden übernehmen. „Klimaschutz kostet, kann aber auch wirtschaftlichen Ertrag bringen“, pflichtete ihm Dietrich Herold (FDP) bei.

Christa Balling-Gündling (Grüne) äußerte gegenüber dem vorgelegten Beschlussvorschlag zum Klimaschutzkonzept allerdings ein gewisses Misstrauen. Vor allem die Formulierung, dass die Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Reduzierung vorbehaltlich der Finanzierung in den Jahren 2013 bis 2030 erfolgen solle, störte sie. Eine von ihr vorgeschlagene Änderung fand keine Mehrheit.

Im Klimaschutzkonzept vermisste Edgar Wunder (Linke) außerdem die Rolle der Windkraft. „Von der Windenergie hängt viel ab“, betonte er. Landrat Stefan Dallinger versicherte allerdings, dass man mit den Kommunen in diesem Punkt bereits im Gespräch sei.



## DREI FRAGEN

„Fühle mich hier  
gut angenommen“

**Michael Till** wurde  
in der jüngsten  
Sitzung als CDU-  
Kreisrat vereidigt

*Herr Till, Anfang des Jahres sind Sie für Bernd Kappenstein in den Kreistag nachgerückt, am Dienstag wurden Sie vereidigt. Ist es für Sie ein Sprung ins kalte Wasser?*

**Michael Till:** Nein, das kann man wirklich nicht sagen. Ich bin Bernd Kappenstein sehr dankbar, dass er mir die Chance gegeben hat, mich noch in dieser Periode einzuarbeiten. Schon seit Mitte des vergangenen Jahres durfte ich an den Sitzungen der CDU-Kreistagsfraktion teilnehmen und bin von den Kollegen von Anfang an sehr freundlich aufgenommen worden. Insofern konnte ich mich gut auf die neue Aufgabe vorbereiten.

*Mit 31 Jahren sind Sie der jüngste Kreisrat. Wie fühlt man sich als Frischling?*

**Till:** Ich habe keinen Zweifel, dass man mich im Kreistag, in dem eine gute Atmosphäre herrscht, trotz meines noch geringen Lebensalters ernst nimmt. Ich habe es immer als Bereicherung empfunden, wenn mich ältere Kollegen an ihrem Erfahrungsschatz haben teilhaben lassen. Auch in unserem CDU-Ortsverband, dessen Vorsitzender ich sieben Jahre war und in unserer Gemeinderatsfraktion, die ich nun seit rund einem halben Jahr leite, habe ich mich immer darüber gefreut, dass sich jüngere und ältere Mitglieder mit ihren jeweiligen Stärken einbringen.

*Worin sehen Sie künftig Ihre Hauptaufgabe?*

**Till:** Als Nachrücker von Bernd Kappenstein durfte ich dessen Funktionen als ordentliches Mitglied im Sozialausschuss und als stellvertretender Aufsichtsrat der Gesellschaft für die Gesundheitszentren Rhein-Neckar übernehmen. Das passt sehr gut, denn als Diplom-Volkswirt habe ich mich auf Gesundheitsökonomie und Gesundheitsmanagement spezialisiert und mehrere Jahre für eine Unternehmensberatung im Gesundheitswesen gearbeitet. Meine Hauptaufgabe sehe ich zudem darin, in allen Bereichen Ansprechpartner für die Bürger von Brühl, Ketsch und Schwetzingen in allen Kreisangelegenheiten zu sein.

RNZ v. 2.5.2013



# Zuschüsse für MAXX-Ticket steigen nun dynamisch

*Schülerbeförderung, neue Schularten und Schulräume – Kreistag fasste Beschlüsse rund um das Thema „Schule“*

**Rhein-Neckar.** (ze) Schülerbeförderung, neue Schularten und Schulräume – gleich bei drei Tagesordnungspunkten hatten die Kreistrate dieser Tage bei ihrer Sitzung in Hockenheim Beschlüsse rund um das Thema „Schule“ zu fassen.

So wurde beispielsweise der Zuschuss des Rhein-Neckar-Kreises zum MAXX-Ticket angehoben. Dieser betrug bei der Einführung im Jahr 1998 genau 15 Prozent. Das entsprach sechs von 40 Deutschen Mark, die das Ticket damals kostete. Dass der Zuschussbetrag seit dem Schuljahr 1998/99 konstant blieb, der Preis für das MAXX-Ticket jedoch auf 37,50 Euro stieg, beträgt der Zuschussanteil des Kreises heute nur noch acht Prozent.

Damit der Zuschuss nicht wieder durch Preissteigerungen im Laufe der Jahre zurückgeht, wird nun eine dyna-

mische Regelung festgeschrieben. So beträgt der Zuschuss jetzt zehn Prozent von dem zu Beginn eines Schuljahres gültigen Preis für das MAXX-Ticket. Davon ausgenommen sind Schüler der Klassen eins bis vier von Grund- oder Gesamtschulen, die ab einer Entfernung von drei Kilometern einen Zuschuss über den vollen Fahrkartenpreis erhalten. Das gilt ebenso für Schüler von Grundschulförderklassen, hier aber ab einer Mindestentfernung von 1,5 Kilometern.

Kinder, die Sonderschulen, Schulkindergärten oder Förderschulen der Klassen eins bis vier besuchen, erhalten den vollen Fahrkartenpreis ohne erforderliche Mindestentfernung, erstattet. Insgesamt entstehen für den Kreis durch diese Anpassungen Mehrkosten von 265.000 Euro. Neue Schularten werden

gleich an sieben Schulen des Kreises eingerichtet. So startet beispielsweise ab dem Schuljahr 2013/14 an der Helen-Keller-Schule in Weinheim und an der Albert-Schweitzer-Schule in Sinsheim ein Schulversuch zur praxisorientierten Ausbildung von Erziehern. Die Ehrhart-Schott-Schule in Schwetzingen bekommt einen zweiten Zug beim Sozialwissenschaftlichen Gymnasium, und an der Hans-Freudenberg-Schule in Sinsheim sowie der Hubert-Sternberg-Schule in Wiesloch wird ein Profil Umwelttechnik an den bereits bestehenden Technischen Gymnasien eingeführt.

Gut eine Million Euro nimmt der Kreis für neue Schulräume am Zentrum beruflicher Schulen in Weinheim in die Hand. Dass dies unbedingt notwendig ist, machte die Weinheimer Kreisrätin Susanne Krüger (FDP) deutlich. Trotz des

Neubaus der Helen-Keller-Schule sei diese an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. „Klassen werden in benachbarten Schulen untergebracht und eine Anmietung von Räumen ist kaum realisierbar“, betonte die Liberalen.

So stieg die Schülerzahl von 2005/06 bis zum aktuellen Schuljahr von 767 auf 974. Mit der Sanierung und dem Umbau der Schule wurden jedoch weniger neue Klassenräume, sondern vor allem die entsprechenden Fachräume geschaffen, so dass derzeit fünf Klassen in der Johann-Philipp-Reis Schule und drei Klassen in der Hans-Freudenberg-Schule untergebracht sind. Um Raum für diese Klassen an der Helen-Keller-Schule herzustellen, werden nun Schulräume in so genannter modularer Fertighausweise errichtet, die Erde dieses Jahres den Schülern zur Verfügung stehen sollen.